

Probleme internationaler Steuerflucht

Thesen zur aktuellen Politik mit dem Bankgeheimnis

Von Mascha Madörin

I. Schweizer Innen- und Aussenpolitik sind durch einen überholten Bankgeheimnis-Patriotismus blockiert

1. Das Erkenntnisinteresse der politischen Behörden in Sachen Finanzplatzpolitik konzentriert sich auf die Frage: Wie können wir das Bankgeheimnis (gemeint ist das Steuergeheimnis) erhalten? Wichtige wirtschafts- und aufsichtspolitische Debatten finden nicht statt, beispielsweise über riskante Folgen der privaten Vermögensverwaltung und dem damit verbundenen starken Wachstum von Hedge Funds in der Schweiz. Ebenso ist die offensichtliche Verlagerung des Geschäfts von Schweizer (Gross)-Banken ins Ausland kaum ein Thema.

2. Der Bankgeheimnis-Patriotismus hat schwerwiegende aussenpolitische Konsequenzen:

- Peinliches (und zudem erfolgloses) Antichambrieren der Schweiz bei der neu gewählten österreichischen FPÖ/ÖVP-Regierung im Vorfeld des EU-Ministertreffens in Feira.
- Bilateralisierung: Mit den wirtschaftlich starken Ländern (USA, EU) werden Spezial-Abkommen in Sachen Amts- und Rechtshilfe getroffen, mit den andern nicht. Durch den Verlust - der bestimmt kommt - von Marktanteilen an der Verwaltung an privaten Vermögen von EU-EinwohnerInnen besteht die Gefahr, dass der Finanzplatz Schweiz versucht, höhere Marktanteile an der Kapitalflucht neuer Eliten aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Nahost zu ergattern.
- Blockierung einer substantiellen Beteiligung an Debatten über internationale Steuerregelungen: Die EU-Zinsbesteuerungsregeln sind meiner Ansicht nach in mehreren Hinsichten problematisch. Aber wie soll die Schweiz glaubwürdig irgendwelche Vorbehalte geltend machen, wenn der einzige Verhandlungszweck der Schweiz nur die Wahrung des Steuerhinterziehungs-Geheimnisses ist?
- Schweiz als Musterknabe des Kampfes gegen Terrorismus und Kriminalität: Welche Menschenrechte werden geopfert? Die Schweiz gebärdet sich politisch gleich wie die Offshore-Zentren in der Karibik.

3. Eine Deblockierung der öffentlichen politischen Debatte ist überfällig:

- Kehrtwende in Sachen Steuerhinterziehungsgeheimnis. Es geht auch um Solidarität und eine Steuerdebatte im Inland. Steuerhinterziehung gegenüber einem Sozialstaat ist nicht das Gleiche wie gegenüber einem Staat am Anfang des 20. Jahrhundert, der vor allem Geld zum Regieren, Überwachen und Kriege Führen ausgegeben hat.
- Szenarien über Folgen und mögliche Massnahmen für die verschiedenen Finanzplätze in der Schweiz (Genf, Zürich, Lugano, Basel etc.), die bei der Abschaffung des Steuerhinterziehungs-Geheimnisses in Krisen geraten könnten.
- Das Rechtshilfegesetz revidieren und klare Regeln für Amtshilfe bei Fiskaldelikten einführen oder Steuerhinterziehung strafbar machen. Der Grundsatz der Gleichbehandlung aller Länder muss unbedingt gewahrt werden.
- Fakten statt Worte: Wie können PolitikerInnen qualifiziert entscheiden, wenn die Fakten fehlen? Statistiken über die regionale Herkunft von in der Schweiz verwalteten Vermögen und über die Marktanteile der schweizerischen Finanzplätze müssen veröffentlicht werden. Ebenso fehlen öffentliche Berichte über die veränderten Gepflogenheiten bei der Amtshilfe.

II. Steuerflucht ist eine zentrale entwicklungspolitische Frage

4. Es gibt keine Demokratie und keine Good Governance, wenn Staaten das Geld für die elementarsten öffentlichen Einrichtungen fehlen: für existenzsichernde Löhne der Staatsangestellten, für Schulen, Spitäler, öffentliche Verkehrsinfrastruktur. Durch die Liberalisierung des Welthandels sind Entwicklungsländer mit schwachen Staaten schon wesentlicher Steuereinnahmen (Export- und Importzölle) beraubt worden. Umso schwerer fällt jegliche Form von Steuerflucht ins Gewicht.

5. Laut einer Oxfam-Studie gehen Entwicklungsländern rund 50 Milliarden US-Dollar an Steuereinnahmen verloren, etwa gleich viel wie diese Ländern an öffentlicher Entwicklungshilfe erhalten. Oxfam schätzt, dass davon 15,5 Mrd. Dollar Verluste durch die Steuerhinterziehung natürlicher Personen verursacht werden und etwa 35,5 Mrd. Dollar durch Konzerne (vor allem durch Transfer Pricing, das heisst Über und Unterfakturierung durch Transnationale Konzerne zwecks «Steuroptimierung»). Die Schweiz ist für beide Aspekte der Steuerhinterziehung ein Steuerparadies:

- Vorausgesetzt, der Marktanteil des Finanzplatzes Schweiz an der Steuerflucht natürlicher Personen der Entwicklungsländer betrage 30 Prozent, dann beträgt der geschätzte Verlust durch die Steuerhinterziehung natürlicher Personen via Schweizer Banken respektive Finanzplatz Schweiz rund **4,5 Mrd. Franken, das Fünffache der öffentlichen schweizerischen Entwicklungshilfe.**

- Die Schweiz wurde durch die OECD vor allem wegen der sehr niedrigen Besteuerung von Kapitalgesellschaften und Stiftungen kritisiert, die in der Schweiz eine Verwaltungstätigkeit aber keine Geschäftstätigkeit ausüben. Solche **Domizilgesellschaften bezahlen beispielsweise im Kanton Zug keine Ertragssteuern, der Kapitalsteuersatz wurde erst kürzlich um das Zwanzigfache gesenkt** (s. Finanzplatzinformation 2/2001). Solche Firmen sind sehr wichtig für das Transfer Pricing - einer der schwerwiegendsten ökonomischen Faktoren für die Verschuldung von Entwicklungsländern, wie schon Studien der 1980er Jahre gezeigt haben. Transfer Pricing führt zu Steuer- UND Devisenverlusten, zu Staats- UND Auslandsverschuldung also.

6. Die internationale Debatte zur Verhinderung von Steuerhinterziehung ist sehr stark von den OECD-Ländern dominiert und den Finanzbedürfnissen und Steuertraditionen dieser Staaten angepasst. Worin adäquate Steuerregelungen aus der Sicht von Entwicklungsländern genau bestünden, ist alles andere als klar. Entsprechende Studien fehlen weitgehend.

Auch wenn die offizielle Schweiz an ihrer Steuergeheimnis-Blockade festhält, wäre doch noch Folgendes sinnvollerweise realisierbar:

- Spezielle Unterstützung von internationalen Gremien, welche die Frage internationaler Besteuerung aus der Sicht der Entwicklungsländer erörtern (z.B. UNCTAD) und Finanzierung entsprechender Studien (für das EDA und SECO).

- Strikte Gleichbehandlung von EU, USA und allen anderen Ländern. (s. Forderungen der AG Hilfswerke). Wenn Zinsbesteuerung, dann für alle. Wenn die amtliche Auskunft in Sachen Finanzdelikten ausgeweitet wird, dann für alle Länder.